

Substanzielles Protokoll 93. Sitzung des Gemeinderats von Zürich

Mittwoch, 30. März 2016, 17.00 Uhr bis 18.55 Uhr, im Rathaus

Vorsitz: Präsident Matthias Wiesmann (GLP)

Beschlussprotokoll: Sekretärin Christina Hug (Grüne)

Substanzielles Protokoll: Sarah Stutte

Anwesend: 122 Mitglieder

Abwesend: Adrian Gautschi (GLP), Guido Hüni (GLP), Heinz F. Steger (FDP)

Der Rat behandelt aus der vom Präsidenten erlassenen, separat gedruckten Tagliste folgende Geschäfte:

- | | | | |
|----|--------------------------|---|-------------------|
| 1. | | Mitteilungen | |
| 7. | 2014/336 | Weisung vom 29.10.2014: Amt für Städtebau, Gesamtüberarbeitung Regionaler Richtplan Stadt Zürich, Verabschiedung für die Festsetzung durch den Regierungsrat | VHB VTE VIB |
| 8. | 2016/82 | E Postulat von Barbara Wiesmann (SP), Christine Seidler (SP) und 2 Mitunterzeichnenden vom 16.03.2016: Realisierung eines neuen Durchgangsplatzes für Fahrende | VTE |

Mitteilungen

Die Mitteilungen des Ratspräsidenten werden zur Kenntnis genommen.

Geschäfte

1792. 2014/336

Weisung vom 29.10.2014:

Amt für Städtebau, Gesamtüberarbeitung Regionaler Richtplan Stadt Zürich, Verabschiedung für die Festsetzung durch den Regierungsrat

Die Beratung wird fortgesetzt (vergleiche Sitzung Nr. 92, Beschluss-Nr. 1792/2016)

Beschlüsse:

Weitere Wortmeldungen:

Roger Liebi (SVP): Bei der Begründung des ersten Antrags wurde noch deutlich darauf hingewiesen, dass diese das Zielbild 2040 betrifft. Dies ist zwar richtig, aber die Einwohnerzahlen hat man bis 2030 berechnet. Wenn man bis dahin schon mit einem Zuwachs auf 500 000 Menschen rechnet, ist der Zuwachs bis 2040 noch um einiges höher. Man fürchtet sich vor der Verdichtung, geht gleichzeitig von einer bestimmten Zahl des Zuwachses aus und kann auch nicht definieren, wie es später sein wird. Mit all den Vorschlägen zu Grünflächen und einer Abnahme der Verdichtung, zeigt man das Dilemma auf, dass man das eine und nicht das andere will. Im Zielbild 2040 geht es um die Verdichtung und im Zielbild 2030 um das Bevölkerungswachstum. Danach wird der Zuwachs noch rasanter ansteigen, wenn man nicht langsam beginnt, dem ungehinderten Zuwachs von Personen Einhalt zu gebieten.

Stefan Urech (SVP): Die Anträge 1 bis 6 zeigen den Surrealismus auf: Man möchte gleichzeitig die Masseneinwanderung fördern, Tausende von Asylsuchende in der Stadt aufnehmen, für jedes Schulzimmer noch drei Theraphieräume einrichten und Tramverbindungen bauen. Dann soll es noch preisgünstigen Wohnungsbau geben und möglichst alles mit der 2000-Watt-Initiative übereinstimmen. Es ist ein völliger Widerspruch.

Roger Liebi (SVP): Es ist nicht alles richtig, was der Kanton will. Vor allem nicht, wenn er meint, alles auf die Städte umwälzen zu können. Den Zuwanderungszuwachs müssen nicht allein die Städte tragen. Doch wenn man sich vorher nicht gegen die Zuwanderung gewehrt hat, muss man sich jetzt für die Verdichtungen entsprechend einsetzen. Dann stimmen halt gewisse politische Ziele nicht mehr überein. Irgendwann geht es nicht mehr auf, weniger Verkehr und mehr Grünraum zu fordern und gleichzeitig mehr Menschen in die Stadt zu holen.

Änderungsantrag 1 zu Kap. 1.3.2 Zielbild der Stadt Zürich 2040 / Tabelle 1.1 Personendichte gemäss Zielbild und entsprechende Äquivalente in baulicher Dichte

Die Mehrheit der BeKo RP/BZO beantragt Ablehnung des Änderungsantrags.

Die Minderheit der BeKo RP/BZO beantragt folgende Änderung:

Angaben zur baulichen Dichte in Tabelle 1.1. streichen.

- Mehrheit: Christine Seidler (SP), Referentin; Präsident Michael Baumer (FDP), Marco Denoth (SP), Patrick Hadi Huber (SP), Albert Leiser (FDP), Roger Liebi (SVP), Dr. Christoph Luchsinger (FDP), Mario Mariani (CVP), Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP), Kyriakos Papageorgiou (SP), Gabriela Rothenfluh (SP), Peter Schick (SVP), Sven Sobernheim (GLP), Stefan Urech (SVP) i. V. von Thomas Schwendener (SVP)
- Minderheit: Gabriele Kisker (Grüne), Referentin; Vizepräsident Markus Knauss (Grüne), Andrea Leitner Verhoeven (AL) i. V. von Niklaus Scherr (AL)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 99 gegen 23 Stimmen zu.

Änderungsantrag 2 zu Kap. 1.3.2 Zielbild der Stadt Zürich 2040 / Tabelle 1.1 Personendichte gemäss Zielbild und entsprechende Äquivalente in baulicher Dichte

Die Mehrheit der BeKo RP/BZO beantragt folgende Änderung:

Zur Berechnung des Flächenbedarfs für das Zielbild soll ein Wert verwendet werden, welcher den Zielen der 2000-Watt-Gesellschaft entspricht.

Die Minderheit der BeKo RP/BZO beantragt Ablehnung des Änderungsantrags.

- Mehrheit: Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP), Referentin; Vizepräsident Markus Knauss (Grüne), Marco Denoth (SP), Patrick Hadi Huber (SP), Gabriele Kisker (Grüne), Andrea Leitner Verhoeven (AL) i. V. von Niklaus Scherr (AL), Kyriakos Papageorgiou (SP), Gabriela Rothenfluh (SP), Christine Seidler (SP), Sven Sobernheim (GLP)
- Minderheit: Präsident Michael Baumer (FDP), Referent; Albert Leiser (FDP), Roger Liebi (SVP), Dr. Christoph Luchsinger (FDP), Mario Mariani (CVP), Peter Schick (SVP), Stefan Urech (SVP) i. V. von Thomas Schwendener (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 74 gegen 48 Stimmen zu.

Änderungsantrag 3 zu Kap. 2.1.2 Karteneinträge / Tabelle 2.2 Strategien für die Siedlungsentwicklung / Verdichtungsreserven aktivieren und ausschöpfen

Die Mehrheit der BeKo RP/BZO beantragt folgende Änderung:

Strategie und Handlungsbedarf:

Die Innenstadt und die angrenzende Quartiere sind aufgrund ihrer Identität, historischen Bebauungsstruktur und grösstenteils bereits heute sehr hohen baulichen Dichte nicht die geeigneten Gebiete für die Festlegung von zusätzlichen Verdichtungspotenzialen. Auch Gebiete in vergleichsweise weniger gut erschlossenen Lagen sowie an topografisch empfindlichen Lagen oder in Quartieren mit einheitlichen, spezifischen und prägnanten Siedlungsmustern, weisen in der Regel kein zusätzliches Verdichtungspotenzial auf. [...]

Die Minderheit der BeKo RP/BZO beantragt Ablehnung des Änderungsantrags.

- Mehrheit: Präsident Michael Baumer (FDP), Referent; Vizepräsident Markus Knauss (Grüne), Gabriele Kisker (Grüne), Albert Leiser (FDP), Andrea Leitner Verhoeven (AL) i. V. von Niklaus Scherr (AL), Roger Liebi (SVP), Dr. Christoph Luchsinger (FDP), Mario Mariani (CVP), Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP), Peter Schick (SVP), Sven Sobernheim (GLP), Stefan Urech (SVP) i. V. von Thomas Schwendener (SVP)
- Minderheit: Christine Seidler (SP), Referentin; Marco Denoth (SP), Patrick Hadi Huber (SP), Kyriakos Papageorgiou (SP), Gabriela Rothenfluh (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 83 gegen 39 Stimmen zu.

Änderungsantrag 4 zu Kap. 2.1.3 Massnahmen / a)

Die Mehrheit der BeKo RP/BZO beantragt Ablehnung des Änderungsantrags.

Die Minderheit der BeKo RP/BZO beantragt folgende Änderung:

a) Verdichtungsreserven aktivieren und ausschöpfen: Die Bau- und Zonenordnung der Stadt Zürich weist umfangreiche bauliche Reserven aus, deren Aktivierung grosse Bedeutung zukommt. Die Stadt fördert mit geeigneten Massnahmen die Nutzung der Reserven unter gebietsweiser Berücksichtigung von:

- ausreichender Versorgung mit Grün- und Freiräumen
- ausreichender Erschliessung
- Möglichkeit zur Abwicklung des Mehrverkehrs
- angemessener Schaffung von preisgünstigem Wohnraum.

Mehrheit: Präsident Michael Baumer (FDP), Referent; Albert Leiser (FDP), Roger Liebi (SVP), Dr. Christoph Luchsinger (FDP), Mario Mariani (CVP), Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP), Peter Schick (SVP), Sven Sobernheim (GLP), Stefan Urech (SVP) i. V. von Thomas Schwendener (SVP)

Minderheit: Vizepräsident Markus Knauss (Grüne), Referent; Marco Denoth (SP), Patrick Hadi Huber (SP), Gabriele Kisker (Grüne), Andrea Leitner Verhoeven (AL) i. V. von Niklaus Scherr (AL), Kyriakos Papageorgiou (SP), Gabriela Rothenfluh (SP), Christine Seidler (SP)

Der Rat lehnt den Antrag der Mehrheit mit 59 gegen 61 Stimmen ab.

Änderungsantrag 5 zu Kap. 2.1.3 Massnahmen / Neuer Absatz g) (bisherige Absätze g–i werden zu h–k)

Die Mehrheit der BeKo RP/BZO beantragt Ablehnung des Änderungsantrags.

Die Minderheit der BeKo RP/BZO beantragt folgende Änderung:

g) Förderung flächenreduzierter Wohnformen verbunden mit der Sicherung von Grün- und Freiräumen mit hoher Aufenthaltsqualität.

Mehrheit: Mario Mariani (CVP), Referent; Präsident Michael Baumer (FDP), Albert Leiser (FDP), Roger Liebi (SVP), Dr. Christoph Luchsinger (FDP), Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP), Peter Schick (SVP), Sven Sobernheim (GLP), Stefan Urech (SVP) i. V. von Thomas Schwendener (SVP)

Minderheit: Gabriele Kisker (Grüne), Referentin; Vizepräsident Markus Knauss (Grüne), Marco Denoth (SP), Patrick Hadi Huber (SP), Andrea Leitner Verhoeven (AL) i. V. von Niklaus Scherr (AL), Kyriakos Papageorgiou (SP), Gabriela Rothenfluh (SP), Christine Seidler (SP)

Der Rat lehnt den Antrag der Mehrheit mit 60 gegen 62 Stimmen ab.

Änderungsantrag 6 zu Kap. 2.2.1 Ziele / e) Bauliche Verdichtung der Zentrumsgebiete

Die Mehrheit der BeKo RP/BZO beantragt Ablehnung des Änderungsantrags.

Die Minderheit der BeKo RP/BZO beantragt folgende Änderung:

[...] An geeigneten Standorten erfolgt die bauliche Verdichtung durch Hochhäuser. In klar definierten Gebieten erfolgt die bauliche Verdichtung durch Hochhäuser mit erhöhter Ausnutzungsziffer.

Mehrheit: Christine Seidler (SP), Referentin; Vizepräsident Markus Knauss (Grüne), Marco Denoth (SP), Patrick Hadi Huber (SP), Gabriele Kisker (Grüne), Andrea Leitner Verhoeven (AL) i. V. von Niklaus Scherr (AL), Kyriakos Papageorgiou (SP), Gabriela Rothenfluh (SP)
Minderheit: Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP), Referentin; Präsident Michael Baumer (FDP), Albert Leiser (FDP), Dr. Christoph Luchsinger (FDP), Mario Mariani (CVP), Sven Sobernheim (GLP)
Enthaltung: Roger Liebi (SVP), Peter Schick (SVP), Stefan Urech (SVP) i. V. von Thomas Schwendener (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 62 gegen 60 Stimmen zu.

Planungsvorteile/Subventionierte Wohnungen, gemeinnützige Bauträger (Anträge 7–8)

Kommissionsmehrheit/-minderheit Änderungsantrag 7:

Gabriele Kisker (Grüne): Für die Stadt ist es wichtig, reale Planungsgewinne abzuschöpfen. Gerade jetzt, wo der Baumarkt boomt und diese generiert werden. Zürich ist darauf angewiesen, dass die Finanzierung der Infrastrukturen für die rasant wachsende Stadt nicht alleine von den Steuerzahlern oder der Stadt selbst bezahlt wird, sondern von allen Beteiligten. Alleine schon die Raumsicherung für Schulen, Frei- und Grünraum, Altersheime und Verwaltungsgebäude wird in Zukunft sehr teuer. Es reicht deshalb nicht, bei den Planungsvorteilen lediglich einen angemessenen Ausgleich anzustreben – der Ausgleich muss erreicht werden. Der Kanton ist verpflichtet, bis April 2019 den Mehrwertsausgleich zu etablieren. Er hat die Abschöpfung von Planungsgewinnen jahrelang verschleppt und wird dies auch weiterhin tun. Dass aber die Stadt selbst in der Richtplanung nur zögerlich einen Austausch anstrebt und diesen nicht erreichen will, ist nicht nachvollziehbar. Der Planungshorizont von Richtplänen umfasst 20 bis 25 Jahre, bis dahin kann auch der Kanton nicht warten, also darf die Stadt ruhig mutig sein. Richtpläne sind Handlungsanweisungen für die Verwaltung, insofern ist mit der Erfassung, dass Planungsvorteile auszugleichen sind, die Verwaltung aufgefordert, mit den einzelnen Bauherren und Bauherrinnen das Gespräch zu suchen. Dies gilt auch für den folgenden Antrag, die Förderung des subventionierten Wohnungsbaus. Mit den angestrebten, baulichen Veränderungen setzt ein massiver Verdrängungsprozess ein. Der Wohnungsmarkt für Menschen am Existenzminimum ist ausgetrocknet, mit einer Ergänzung im Antrag 8 soll im Rahmen der 25-jährigen gültigen Planungsgrundlage auch die Sicherung des subventionierten Wohnungsbaus als Handlungsanweisung in den Richtplan aufgenommen werden.

Albert Leiser (FDP): Man muss festhalten, was man auf Bundesebene abgestimmt hat. Die 1. Etappe der Revision des Raumplanungsgesetzes (RPG) fordert klar und bis zum Jahr 2018 im Kanton eine Mehrwertabschöpfung von mindestens 20 Prozent. Diese Mehrwertabschöpfung gilt jedoch nur für Neueinzonungen, wenn man einzont und auszont, wird mit dem Geld der Ausgleich gezahlt. Dies vermischt man jetzt damit, dass der Kanton für die Um- und Aufzoning einen Mehrwertsausgleich zahlen soll. Dem ist nicht so. Es gibt diesbezüglich kein Gesetz und keine rechtliche Grundlage, weshalb es im Moment nur angestrebt werden kann. Die Forderung eines Zwangs, angemessen auszugleichen, können wir nicht unterstützen. Es würde sich darüber hinaus die Frage stellen, wer die Mehrwertabgabe bekommen sollte: der Kanton oder die Stadt? Und wann? Wir sind grundsätzlich der Meinung, dass der soziale Wohnungsbau gefördert werden muss, aber diese Diskussion können wir ausserhalb des Richtplans führen.

Kommissionsmehrheit/-minderheit Änderungsantrag 8:

Niklaus Scherr (AL): Es ist an sich die völlig richtige Vorgabe, aktiv die Erhöhung des Anteils an preisgünstigen und gemeinnützigen Wohnungen mit planerischen

Massnahmen anzustreben. Ein Teil dieses Ziels wird jetzt und in Zukunft vermehrt auf Arealen erreicht, die heute schon durch gemeinnützige Wohnbauträger belegt sind. Das ist der mit Abstand preisgünstigste Wohnraum, der momentan innerhalb des Stadtgebiets zur Verfügung steht. Wenn dort Ersatzneubauten realisiert werden, haben wir zwar sehr niedrige Landwerte, aber die Baukosten tragen wir heute. Das führt trotzdem, auch bei den Ersatzneubauten der Genossenschaften, zu erheblichen Mietzinsverteuerungen, zum Teil zu Verdoppelungen gegenüber den heutigen Mietzinsen. Das Planungsziel von 33 % an gemeinnützigen Wohnungen darf aber nicht einfach mit Ersatzneubauten bestehender genossenschaftlicher Areale erreicht werden, es muss auch ein Teil durch gezielte Subventionsmassnahmen zusätzlich verbilligt werden. Dies, damit die soziale Härte, die bei Umnutzungen entsteht, abgefedert wird. Meiner Meinung nach passt dies noch in den Richtplan. Der Raumplanung tut es gut, ab und zu über die Menschen und ihre sozialen Probleme nachzudenken, statt nur über quantitative Parameter.

Wortmeldung zur Begründung der Kommissionsminderheit siehe Änderungsantrag 7

Änderungsantrag 7 zu Kap. 2.1.3 Massnahmen / b)

Die Mehrheit der BeKo RP/BZO beantragt folgende Änderung:

[...] Planungsvorteile, die durch die Schaffung zusätzlicher Verdichtungspotenziale entstehen, sind angemessen auszugleichen.

Die Minderheit der BeKo RP/BZO beantragt Ablehnung des Änderungsantrags.

Mehrheit: Gabriele Kisker (Grüne), Referentin; Vizepräsident Markus Knauss (Grüne), Marco Denoth (SP), Patrick Hadi Huber (SP), Andrea Leitner Verhoeven (AL) i. V. von Niklaus Scherr (AL), Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP), Kyriakos Papageorgiou (SP), Gabriela Rothenfluh (SP), Christine Seidler (SP), Sven Sobernheim (GLP)
Minderheit: Albert Leiser (FDP), Referent; Präsident Michael Baumer (FDP), Roger Liebi (SVP), Dr. Christoph Luchsinger (FDP), Mario Mariani (CVP), Peter Schick (SVP), Stefan Urech (SVP) i. V. von Thomas Schwendener (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 74 gegen 47 Stimmen zu.

Änderungsantrag 8 zu Kap. 2.1.3 Massnahmen / d)

Die Mehrheit der BeKo RP/BZO beantragt folgende Änderung:

d) Die Erhöhung des Anteils von preisgünstigen Wohnungen und die Erhöhung des Anteils von Wohnungen im Eigentum von gemeinnützigen Wohnbauträgern auf einen Drittel des Mietwohnungsbestands bis 2050 (Art. 2quater und Art. 123 GO), ist mit den zur Verfügung stehenden raumplanerischen Instrumenten umzusetzen.

Bei Neubauten, Ersatzneubauten und Baurechten von gemeinnützigen Bauträgern wirkt die Stadt mit geeigneten Massnahmen darauf hin, dass ein Mindestanteil der erstellten Wohnungen subventioniert werden.

Die Minderheit der BeKo RP/BZO beantragt Ablehnung des Änderungsantrags.

Mehrheit: Andrea Leitner Verhoeven (AL) i. V. von Niklaus Scherr (AL), Referent; Vizepräsident Markus Knauss (Grüne), Marco Denoth (SP), Patrick Hadi Huber (SP), Gabriele Kisker (Grüne), Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP), Kyriakos Papageorgiou (SP), Gabriela Rothenfluh (SP), Christine Seidler (SP), Sven Sobernheim (GLP)
Minderheit: Albert Leiser (FDP), Referent; Präsident Michael Baumer (FDP), Roger Liebi (SVP), Dr. Christoph Luchsinger (FDP), Mario Mariani (CVP), Peter Schick (SVP), Stefan Urech (SVP) i. V. von Thomas Schwendener (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 73 gegen 48 Stimmen zu.

Quartierzentren/Zentrumsgebiete (Anträge 9–13)

Kommissionsminderheit/-mehrheit Änderungsantrag 9:

Christine Seidler (SP): *Zürichs Lebensqualität basiert unter anderem auf der Vielfalt der Stadt und die städtebauliche Qualität und Identität hat viel mit der Entstehungsgeschichte der Stadt zu tun. Mittels Eingemeindung der ehemaligen Dörfer Wollishofen oder Seebach ist die polyzentrische, wertvolle Stadtstruktur und der Charakter der heutigen Quartiere mit ihren eigenen Zentren entstanden. Der Kanton hat die Quartierzentren mit dem Argument gestrichen, dass Zürichs Quartiere keine regionale Bedeutung haben. Das ist anmassend und entbehrt jeglicher Logik. Der regionale Richtplan verfeinert und ergänzt die Festlegung für die gesamträumliche Entwicklung zum kantonalen Richtplan. Die Stadt ist eine eigene Region, deshalb sind die Quartierzentren für die Region Stadt Zürich durchaus von regionaler Bedeutung. Insbesondere sind sie im regionalen Richtplan festgehalten. Die strategische Zielsetzung einer polyzentrischen Stadtstruktur ist von wichtiger Bedeutung für unsere Identität und die Qualität der Stadt. Zürich besteht aus seinen Quartieren. Die Quartierzentren erfüllen alle im Richtplan relevanten Kriterien. Sie sind räumlich relevant – denn die Standortfestlegung ist gegeben und die Standortgebundenheit – sie sind organisatorisch, politisch und funktional wichtig. Auf kommunaler Ebene soll die Konkretisierung und Differenzierung der Ausgestaltung der Quartierzentren festgelegt werden, weshalb wir beantragen, die Quartierzentren wieder in den Richtplan aufzunehmen.*

Michael Baumer (FDP): *Der regionale Richtplan und die quartierbezogenen Regelungen entsprechen den kommunalen Festlegungen, sie wären also in den kommunalen Richtplan aufzunehmen. Wie wichtig ist es gesamtstädtisch, dass man ein bestimmtes Quartierzentrum festlegt? Der Kanton hat darauf bestanden, gar keine Quartiere auf dieser Stufe festzulegen. Die Verwaltung hat deshalb die Anzahl reduziert. Man kann jetzt natürlich alle Quartiere wieder aufnehmen, aber muss sich darüber klar sein, dass am Schluss alle Quartierzentren vom Kanton rausgestrichen werden. Deshalb ist der Antrag abzulehnen, weil er kontraproduktiv ist. Nur weil etwas in einem Richtplan eingetragen werden kann, heisst es nicht, dass dies entweder der regionale oder der kantonale Richtplan sein muss. Dies kann auch im kommunalen Richtplan eingetragen werden, wohin die Quartierzentren eigentlich gehören.*

Kommissionsminderheit/-mehrheit Änderungsantrag 10:

Christine Seidler (SP): *Zu diesem Antrag habe ich meine Argumente ausgeführt.*

Michael Baumer (FDP): *Der letzte Satz des Antrags bleibt unvollständig: Zusätzlich werden Zentrumsgebiete um mehrere Quartierzentren von regionaler Bedeutung festgelegt. Welche genau? Im Richtplan kann kein Auftrag stehen gelassen werden, den man am Schluss noch ergänzen muss.*

Kommissionsminderheit/-mehrheit Änderungsantrag 11:

Christine Seidler (SP): *Zürich-Nord und Opfikon sind im kantonalen Richtplan als Siedlungsgebiete von kantonalen, überregionaler Bedeutung eingetragen. Die Achse Schaffhauserstrasse verbindet diese Siedlungsgebiete, hat in dem Sinne eine Funktion*

als Scharnier und im Kontext zum gewichtigen Eintrag im kantonalen Richtplan eine wichtige Funktion. Damit wir hier unseren Gestaltungsspielraum und unser Mitspracherecht nicht verlieren, ist mit unserem Antrag die städtebauliche Qualität im regionalen Richtplan zu sichern. Das Ziel muss ein siedlungsorientierter Strassenraum sein, als Funktionalraum angedacht, mit entsprechenden Möglichkeiten der Nutzungsdurchmischung, Erdgeschossnutzung, einem Strassenraum als Lebensraum und mit Lebensqualität. Es geht darum, die Koordination Siedlung und Verkehr zu sichern, einen funktionalen Raum mit einer städtebaulich verbundenen Qualität und nicht um einen monofunktionalen Verkehrsträger.

Sven Sobernheim (GLP): Wenn man ein Quartierzentrum unbedingt zwischen zwei kantonalen Zentrumsgebieten festlegen muss, dann würde ich das gerne als Achse zwischen dem HB und Oberwinterthur, weil auch dies zwei kantonale Zentrumsgebiete sind. Eine Achse als Quartierzentrum ist nicht sinnvoll. Wir haben regionale Zentren, wo der Verkauf stattfindet, Parkplätze vorhanden sind, sich die Quartierbewohner treffen und öffentlicher Raum gegeben ist. Wenn man dies über eine ganze, heterogene Achse, die ungefähr acht bis zehn Kilometer lang ist, festlegen möchte, widerspricht das der Grundidee eines Quartierzentrums.

Kommissionsmehrheit/-minderheit Änderungsantrag 12:

Sven Sobernheim (GLP): Der Escher-Wyss-Platz ist ein logischer Weiterzug des Quartierzentrums Zürich-West. Er bildet auf der einen Seite den Abschluss gegenüber dem Quartierzentrum, der Hardstrasse, und auf der anderen Seite gegenüber dem Bahnhof Hardbrücke. Darum unterstützt auch die Verwaltung den Antrag.

Michael Baumer (FDP): Wir sind bei den Anträgen 12 und 13 gegen die Aufnahme neuer Quartierzentren. Eigentlich sind sehr wenige Quartierzentren regional überhaupt aufzunehmen. Um dies nicht zu gefährden, ist es nicht sinnvoll, noch weitere aufzunehmen.

Kommissionsmehrheit/-minderheit Änderungsantrag 13:

Sven Sobernheim (GLP): Auch bei diesem Quartierzentrum geht es um eine Erweiterung. Zürich-Nord bildet sich um zwei Zentren: Seebach und Oerlikon. Wir möchten in diesem Bereich die Ergänzung des Zentrums Oerlikon, weil Oerlikon das Zentrum des Kreis 11 bildet, was man auch an der Hochtarifzone bei den Parkgebühren sieht.

Thomas Schwendener (SVP): Michael Baumer hat sich zu den Anträgen 12 und 13 schon geäußert.

Weitere Wortmeldung:

Mario Mariani (CVP): Vor zwölf Jahren haben wir über regionale Richtpläne abgestimmt. Ein ganz wesentliches Element waren damals die Quartierzentren in Verkehrsräumen, die die CVP gut geheissen hat. Deshalb, auch wenn die Gefahr besteht, dass der Kanton diese wieder herausstreicht, möchten wir ein Zeichen setzen und stimmen mit der Minderheit.

Änderungsantrag 9 zu Kap. 2.2 Zentrumsgebiete und Quartierzentren

Die Mehrheit der BeKo RP/BZO beantragt Ablehnung des Änderungsantrags.

Die Minderheit der BeKo RP/BZO beantragt folgende Änderung:

Die in der Fassung für die öffentliche Auflage 14 aufgeführten Quartierzentren (Tabelle 2.2 und Karte 15) und im Antrag des Stadtrats vom 29. Oktober 2014 gestrichenen Quartierzentren sind wieder in den regionalen Richtplan aufzunehmen analog Tabelle 2.2 (Auflageentwurf).

- Mehrheit: Präsident Michael Baumer (FDP), Referent; Vizepräsident Markus Knauss (Grüne), Gabriele Kisker (Grüne), Albert Leiser (FDP), Andrea Leitner Verhoeven (AL) i. V. von Niklaus Scherr (AL), Roger Liebi (SVP), Dr. Christoph Luchsinger (FDP), Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP), Peter Schick (SVP), Sven Sobernheim (GLP), Stefan Urech (SVP) i. V. von Thomas Schwendener (SVP)
- Minderheit: Christine Seidler (SP), Referentin; Marco Denoth (SP), Patrick Hadi Huber (SP), Mario Mariani (CVP), Kyriakos Papageorgiou (SP), Gabriela Rothenfluh (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 77 gegen 45 Stimmen zu.

Änderungsantrag 10 zu Kap. 2.2.2 Karteneinträge / Tabelle 2.3 und Abbildung 2.3 Zentrumsgebiete und Quartierzentren

Die Mehrheit der BeKo RP/BZO beantragt Ablehnung des Änderungsantrags.

Die Minderheit der BeKo RP/BZO beantragt folgende Änderung:

In der Richtplankarte werden die kantonalen Zentrumsgebiete Zürich-City, Zürich-Hard/Altstetten, Zürich-Nord/Opfikon und Wallisellen/Zürich/Dübendorf-Stettbach, sowie die in der Fassung für die öffentliche Auflage 14 aufgeführten Quartierzentren (Tabelle 2.2 und Karte 15) und im Antrag des Stadtrats vom 29. Oktober 2014 gestrichenen Quartierzentren analog Tabelle 2.2 (Auflageentwurf) soweit sie auf Stadtgebiet liegen, ergänzend zu den Zielsetzungen im kantonalen Richtplan differenziert. Zusätzlich werden Zentrumsgebiete und mehrere Quartierzentren (Kerne und Achsen) von regionaler Bedeutung festgelegt.

- Mehrheit: Präsident Michael Baumer (FDP), Referent; Vizepräsident Markus Knauss (Grüne), Gabriele Kisker (Grüne), Albert Leiser (FDP), Andrea Leitner Verhoeven (AL) i. V. von Niklaus Scherr (AL), Roger Liebi (SVP), Dr. Christoph Luchsinger (FDP), Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP), Peter Schick (SVP), Sven Sobernheim (GLP), Stefan Urech (SVP) i. V. von Thomas Schwendener (SVP)
- Minderheit: Christine Seidler (SP), Referentin; Marco Denoth (SP), Patrick Hadi Huber (SP), Mario Mariani (CVP), Kyriakos Papageorgiou (SP), Gabriela Rothenfluh (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 77 gegen 45 Stimmen zu.

Änderungsantrag 11 zu Kap. 2.2.2 Karteneinträge / Tabelle 2.3 und Abbildung 2.3 Zentrumsgebiete und Quartierzentren

Die Mehrheit der BeKo RP/BZO beantragt Ablehnung des Änderungsantrags.

Die Minderheit der BeKo RP/BZO beantragt folgende Änderung:

Die Achse Schaffhauserstrasse Zürich Nord mit Anschluss Opfikon ist als übergeordnetes regionales Zentrumsgebiet aufzunehmen. Anzustreben ist eine stärkere Nutzungsdurchmischung, erhöhte bauliche Dichte und eine gewährleistete Quartiersversorgung. Ein multifunktionaler und qualitativer Siedlungsstrassenraum ist zu sichern. Das Siedlungsgebiet Zürich Nord / Opfikon ist im Richtplan als überregionales Zentrumsgebiet aufgeführt, im Sinne der Koordination Siedlung und Verkehr, ist auch die Erschliessungsachse in städtebaulicher Qualität zu sichern.

Die Achse Schaffhauserstrasse ist in der Karte Zentrumsgebiete und Quartierzentren (S 39) Abb 2.3 aufzunehmen und in der Richtplankarte einzutragen.

- Mehrheit: Sven Sobernheim (GLP), Referent; Präsident Michael Baumer (FDP), Vizepräsident Markus Knauss (Grüne), Gabriele Kisker (Grüne), Albert Leiser (FDP), Andrea Leitner Verhoeven (AL) i. V. von Niklaus Scherr (AL), Roger Liebi (SVP), Dr. Christoph Luchsinger (FDP), Mario Mariani (CVP), Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP), Peter Schick (SVP), Stefan Urech (SVP) i. V. von Thomas Schwendener (SVP)
- Minderheit: Christine Seidler (SP), Referentin; Marco Denoth (SP), Patrick Hadi Huber (SP), Kyriakos Papageorgiou (SP), Gabriela Rothenfluh (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 83 gegen 39 Stimmen zu.

Änderungsantrag 12 zu Kap. 2.2.2 Karteneinträge / Tabelle 2.3 Zentrumsgebiete und Quartierzentren / Nr. 2a Zürich West

Die Mehrheit der BeKo RP/BZO beantragt folgende Änderung:

Quartierzentren

Hardstrasse / Bahnhof Hardbrücke / Escher-Wyss-Platz: Quartiersversorgung; regional bedeutender öffentlicher Raum, Ausgehmeile

Die Minderheit der BeKo RP/BZO beantragt Ablehnung des Änderungsantrags.

- Mehrheit: Sven Sobernheim (GLP), Referent; Vizepräsident Markus Knauss (Grüne), Marco Denoth (SP), Patrick Hadi Huber (SP), Gabriele Kisker (Grüne), Andrea Leitner Verhoeven (AL) i. V. von Niklaus Scherr (AL), Mario Mariani (CVP), Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP), Kyriakos Papageorgiou (SP), Gabriela Rothenfluh (SP), Christine Seidler (SP)
- Minderheit: Präsident Michael Baumer (FDP), Referent; Albert Leiser (FDP), Roger Liebi (SVP), Dr. Christoph Luchsinger (FDP), Peter Schick (SVP), Stefan Urech (SVP) i. V. von Thomas Schwendener (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 80 gegen 42 Stimmen zu.

Änderungsantrag 13 zu Kap. 2.2.2 Karteneinträge / Tabelle 2.3 Zentrumsgebiete und Quartierzentren / Nr. 3 Zürich-Nord / Opfikon (Teilgebiet Zürich)

Die Mehrheit der BeKo RP/BZO beantragt folgende Änderung:

Quartierzentren

– Zentrum Seebach / Oerlikon: Quartiersversorgung, quartierweit bedeutender öffentlicher Raum

Die Minderheit der BeKo RP/BZO beantragt Ablehnung des Änderungsantrags.

- Mehrheit: Sven Sobernheim (GLP), Referent; Vizepräsident Markus Knauss (Grüne), Marco Denoth (SP), Patrick Hadi Huber (SP), Gabriele Kisker (Grüne), Andrea Leitner Verhoeven (AL) i. V. von Niklaus Scherr (AL), Mario Mariani (CVP), Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP), Kyriakos Papageorgiou (SP), Gabriela Rothenfluh (SP), Christine Seidler (SP)
- Minderheit: Stefan Urech (SVP) i. V. von Thomas Schwendener (SVP), Referent; Präsident Michael Baumer (FDP), Albert Leiser (FDP), Roger Liebi (SVP), Dr. Christoph Luchsinger (FDP), Peter Schick (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 80 gegen 42 Stimmen zu.

Heiligfeld/Blüemliquartier (Anträge 14–15)

Kommissionsminderheit/-mehrheit Änderungsanträge 14 und 15:

Markus Knauss (Grüne): *Wer die beiden Quartiere kennt, merkt, dass diese vermutlich*

am falschen Ort eingetragen sind. Das Heiligfeld, zwischen Albisriederplatz und Letzigraben, besitzt eine Gartenarchitektur, eine Gesamtgestaltung und grosszügige Freiräume. Diese werden immer wichtiger. Das Blüemliquartier, neben dem Freibad Letzi, ist eine Art vorstädtisches Einfamilienhausquartier. Dies sind zwei eigenwillige und sehr spezielle Bebauungstypologien, die man nicht ohne Weiteres zuordnen kann, sondern separat ausweisen muss. Man sollte im Richtplan differenzieren und nicht alles der Grossverdichtung zuordnen.

Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP): *Bei der ursprünglichen Begründung, dem Antrag auf Streichung der Zuordnung einer hohen Dichte für die Quartiere, ging man davon aus, dass die Frage erst anhand des kommunalen Siedlungsrichtplans diskutiert werden soll. Die Beantwortung der Frage, wie man das prognostizierte Bevölkerungswachstum bewältigen will, wird auf einen späteren Zeitpunkt geschoben. Die Mehrheit der Kommission vertritt demgegenüber die Meinung, dass der Richtplan zwingend Antworten im Grobbereich liefern muss und Verdichtungsreserven frühzeitig ausgemacht werden müssen. Unter einer Vorbereitung der Aktivierung von Verdichtungsreserven stellen wir uns nicht vor, dass einfach Wohnsilos aufgezogen werden. Wir gehen davon aus, dass eine koordinierte Raum- und Verkehrsplanung aufgelegt werden muss, um das Gebiet geschickt zu nutzen und effizient zu bebauen. Die langfristigen Lösungen können nicht von heute auf morgen realisiert werden. Die Verwaltung hat in der Kommissionsberatung festgehalten, dass das Gebiet nicht zwingend einer zusätzlichen Dichte ausgesetzt wird und der kommunale Siedlungsrichtplan noch einen Spielraum für künftige Mitwirkung lässt.*

Änderungsantrag 14 zu Kap. 1.3.2 Zielbild der Stadt Zürich 2040 / Abb. 1.2 Zielbild der Stadt Zürich 2040

Die Mehrheit der BeKo RP/BZO beantragt Ablehnung des Änderungsantrags.

Die Minderheit der BeKo RP/BZO beantragt folgende Änderung:

Heiligfeld und Blüemliquartier seien aus Abb. 1.2. Zielbild mit der Signatur «sehr hohe Dichte» und aus der Abb. 2.2. Strategien für die Siedlungsentwicklung zu entfernen.

Mehrheit: Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP), Referentin; Präsident Michael Baumer (FDP), Marco Denoth (SP), Patrick Hadi Huber (SP), Albert Leiser (FDP), Andrea Leitner Verhoeven (AL) i. V. von Niklaus Scherr (AL), Roger Liebi (SVP), Dr. Christoph Luchsinger (FDP), Mario Mariani (CVP), Kyriakos Papageorgiou (SP), Gabriela Rothenfluh (SP), Peter Schick (SVP), Christine Seidler (SP), Sven Sobernheim (GLP), Stefan Urech (SVP) i. V. von Thomas Schwendener (SVP)

Minderheit: Vizepräsident Markus Knauss (Grüne), Referent; Gabriele Kisker (Grüne)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 108 gegen 14 Stimmen zu.

Änderungsantrag 15 zu Kap. 2.1.2 Karteneinträge / Abb. 2.2 Strategien für die Siedlungsentwicklung

Die Mehrheit der BeKo RP/BZO beantragt Ablehnung des Änderungsantrags.

Die Minderheit der BeKo RP/BZO beantragt folgende Änderung:

Heiligfeld und Blüemliquartier seien aus Abb. 1.2. Zielbild mit der Signatur «sehr hohe Dichte» und aus der Abb. 2.2. Strategien für die Siedlungsentwicklung zu entfernen.

Mehrheit: Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP), Referentin; Präsident Michael Baumer (FDP), Marco Denoth (SP), Patrick Hadi Huber (SP), Albert Leiser (FDP), Andrea Leitner Verhoeven (AL) i. V. von Niklaus Scherr (AL), Roger Liebi (SVP), Dr. Christoph Luchsinger (FDP), Mario Mariani (CVP), Kyriakos Papageorgiou (SP), Gabriela Rothenfluh (SP), Peter Schick (SVP), Christine Seidler (SP), Sven Sobernheim (GLP), Stefan Urech (SVP) i. V. von Thomas Schwendener (SVP)

Minderheit: Vizepräsident Markus Knauss (Grüne), Referent; Gabriele Kisker (Grüne)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 107 gegen 14 Stimmen zu.

Gartenstadt (Anträge 16–19)

Kommissionsminderheit/-mehrheit Änderungsantrag 16:

Gabriele Kisker (Grüne): Schwamendingen und Seebach sind in den 40er-Jahren als Gartenstadt entwickelt worden. Das heisst, beide Gebiete besitzen einen fliessenden Grünraum, der mit grosszügigen Bäumen bestückt wurde. Der Quartiercharakter soll im Regionalrichtplan aufgenommen werden. Genau so, wie es als Planeintrag für das Englisch-Viertel-Quartier angedacht ist. Das Verdichtungspotenzial ist dadurch nicht ausgeschlossen, sondern soll einfach zeigen, in welche Richtung sich das Gebiet entwickeln soll. Dieses ist historisch begründet. Wenn man sieht, wie die Stadt verdichtet, ist es ein Gebiet, dass sehr wenig unterbaut ist und einen soliden Baumbestand hat. Dort könnte man das Ziel erreichen, welches an anderen Orten noch nicht realisiert werden konnte, nämlich mikroklimatisch eine gute Grundlage zu schaffen.

Michael Baumer (FDP): Der Antrag ist ein absoluter Anspruch auf den Erhalt der Siedlungsstruktur. Sicherlich ist es richtig, die Stadt nicht total zu verdichten, natürlich auch in den Gartenstadtgebieten. Aber wenn man einfach fordert, dass es so bleibt, wie es immer war, wird alles sehr statisch in einer Stadt. Viele Siedlungen sind aus der Nachkriegszeit und erfüllen schlichtweg die heutigen Anforderungen nicht mehr. Man muss an den Strukturen arbeiten können, was nicht heisst, dass man alles total verändert.

Kommissionsminderheit/-mehrheit Änderungsantrag 17:

Gabriele Kisker (Grüne): Mit dem Antrag 17 formulieren wir genau, dass mit der Verdichtung der Gartenstadtgebiete Schwamendingen und Seebach der Gartenstadtgedanke neu zu interpretieren und zeitgemäss zu entwickeln ist. Es soll eine Möglichkeit sein, Verdichtung zuzulassen und Bäume zu erhalten, wo es nötig ist. Damit nicht nur im Englisch-Viertel-Quartier, am Zürichberg oder den Wohnquartieren in Wollishofen und Enge ein Baumbestand erhalten bleibt, sondern sich auch Schwamendingen und Seebach an einem alten Baumbestand erfreuen können.

Mario Mariani (CVP): Die Mehrheit findet das Thema bei beiden Anträgen diskutabel, doch nicht im Rahmen des kommunalen Richtplans. Die Flexibilität sollte erhalten bleiben und keine Enge durch spezielle Formulierungen entstehen.

Kommissionsminderheit/-mehrheit Änderungsantrag 18 und 19:

Gabriele Kisker (Grüne): Es geht hier darum, die Gebiete zu verorten, diese benötigen einen Planeintrag, weil sie von öffentlichem Interesse sind und dem Gesetz entsprechen. Wir wollen eine Stadt, die vernünftig verdichtet wird, mit einer Situation, in der eine Verdichtung noch erträglich ist.

Mario Mariani (CVP): Die Anträge 18 und 19 wurden schon begründet.

Änderungsantrag 16 zu Kap. 2.4.1 Ziele / b) Umgang mit der Siedlungsgeschichte der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts

Die Mehrheit der BeKo RP/BZO beantragt Ablehnung des Änderungsantrags.

Die Minderheit der BeKo RP/BZO beantragt folgende Änderung:

Grosse Teile der durchgrünten Wohngebiete aus der Zeit der Gartenstadtbewegung weisen beispielhafte Strukturen auf. In diesen Gebieten ist auf ~~die Erhaltung wertvoller Strukturen und~~ auf die Ablesbarkeit der Siedlungsgeschichte zu achten und wertvolle Strukturen werden erhalten, auch wenn sie nicht als Gebiete mit Erhalt der Siedlungsstruktur ausgewiesen sind.

- Mehrheit: Präsident Michael Baumer (FDP), Referent; Marco Denoth (SP), Patrick Hadi Huber (SP), Albert Leiser (FDP), Roger Liebi (SVP), Dr. Christoph Luchsinger (FDP), Mario Mariani (CVP), Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP), Kyriakos Papageorgiou (SP), Gabriela Rothenfluh (SP), Peter Schick (SVP), Christine Seidler (SP), Sven Sobernheim (GLP), Stefan Urech (SVP) i. V. von Thomas Schwendener (SVP)
- Minderheit: Gabriele Kisker (Grüne), Referentin; Vizepräsident Markus Knauss (Grüne), Andrea Leitner Verhoeven (AL) i. V. von Niklaus Scherr (AL)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 99 gegen 23 Stimmen zu.

Änderungsantrag 17 zu Kap. 2.4.1 Ziele / Neuer Absatz c)

Die Mehrheit der BeKo RP/BZO beantragt Ablehnung des Änderungsantrags.

Die Minderheit der BeKo RP/BZO beantragt folgende Änderung:

c) Mit der Verdichtung der Gartenstadtgebiete Schwamendingen und Seebach ist der Gartenstadtgedanke neu zu interpretieren und zeitgemäss weiter zu entwickeln.

- Mehrheit: Mario Mariani (CVP), Referent; Präsident Michael Baumer (FDP), Albert Leiser (FDP), Roger Liebi (SVP), Dr. Christoph Luchsinger (FDP), Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP), Peter Schick (SVP), Sven Sobernheim (GLP), Stefan Urech (SVP) i. V. von Thomas Schwendener (SVP)
- Minderheit: Gabriele Kisker (Grüne), Referentin; Vizepräsident Markus Knauss (Grüne), Marco Denoth (SP), Patrick Hadi Huber (SP), Andrea Leitner Verhoeven (AL) i. V. von Niklaus Scherr (AL), Kyriakos Papageorgiou (SP), Gabriela Rothenfluh (SP), Christine Seidler (SP)

Der Rat lehnt den Antrag der Mehrheit mit 60 gegen 62 Stimmen ab.

Änderungsantrag 18 zu Kap. 2.4.2 Karteneinträge / Tabelle 2.5 Gebiete mit Erhaltung der Siedlungsstruktur / Neue Nr. 11 Seebach

Die Mehrheit der BeKo RP/BZO beantragt Ablehnung des Änderungsantrags.

Die Minderheit der BeKo RP/BZO beantragt folgende Änderung:

Erhaltungsziel:
Gartenstadt, Durchgrünung und Baumbestand

- Mehrheit: Mario Mariani (CVP), Referent; Präsident Michael Baumer (FDP), Marco Denoth (SP), Patrick Hadi Huber (SP), Albert Leiser (FDP), Andrea Leitner Verhoeven (AL) i. V. von Niklaus Scherr (AL), Roger Liebi (SVP), Dr. Christoph Luchsinger (FDP), Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP), Kyriakos Papageorgiou (SP), Gabriela Rothenfluh (SP), Peter Schick (SVP), Christine Seidler

(SP), Sven Sobernheim (GLP), Stefan Urech (SVP) i. V. von Thomas Schwendener (SVP)
Minderheit: Gabriele Kisker (Grüne), Referentin; Vizepräsident Markus Knauss (Grüne)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 108 gegen 14 Stimmen zu.

Änderungsantrag 19 zu Kap. 2.4.2 Karteneinträge / Tabelle 2.5 Gebiete mit Erhaltung der Siedlungsstruktur / Neue Nr. 11 Schwamendingen (Nummerierung wird je nach Beschlussfassung über den vorangehenden Antrag angepasst)

Die Mehrheit der BeKo RP/BZO beantragt Ablehnung des Änderungsantrags.

Die Minderheit der BeKo RP/BZO beantragt folgende Änderung:

Erhaltungsziel:

Gartenstadt, Durchgrünung und Baumbestand

Mehrheit: Mario Mariani (CVP), Referent; Präsident Michael Baumer (FDP), Marco Denoth (SP), Patrick Hadi Huber (SP), Albert Leiser (FDP), Andrea Leitner Verhoeven (AL) i. V. von Niklaus Scherr (AL), Roger Liebi (SVP), Dr. Christoph Luchsinger (FDP), Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP), Kyriakos Papageorgiou (SP), Gabriela Rothenfluh (SP), Peter Schick (SVP), Christine Seidler (SP), Sven Sobernheim (GLP), Stefan Urech (SVP) i. V. von Thomas Schwendener (SVP)
Minderheit: Gabriele Kisker (Grüne), Referentin; Vizepräsident Markus Knauss (Grüne)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 107 gegen 14 Stimmen zu.

Wichtige Koordinationshinweise

Kommissionsreferent Änderungsantrag 20:

Markus Knauss (Grüne): *Es geht um die sogenannten Vernetzungskorridore, Landschaftsbindungen und Wildübergänge. Diese sind nicht nur in der Realität vernetzt, sondern sollten dies auch planerisch sein. Deshalb ist es eigentlich nur eine technische Anpassung, dass man jeweils die Koordinationshinweise auf diese Strukturen einträgt. Die Verwaltung unterstützt den Antrag.*

Weitere Wortmeldung:

Michael Baumer (FDP): *Das ist eine technische Änderung, die gar keine Bewandnis hat, weshalb wir uns enthalten.*

Änderungsantrag 20 zu Kap. 2.2.2 Karteneinträge / Tabelle 2.3 Zentrumsgebiete und Quartierzentren / Wichtige Koordinationshinweise

Die BeKo RP/BZO beantragt folgende Änderung:

In sämtlichen Gebieten, die von den Karteneinträgen Tabelle 3.7.2 betroffen sind, ist neben dem Verweis auf Abb. 3.2. ein zusätzlicher Eintrag unter «wichtige Koordinationshinweise» einzufügen.

Zustimmung: Vizepräsident Markus Knauss (Grüne), Referent; Marco Denoth (SP), Patrick Hadi Huber (SP), Gabriele Kisker (Grüne), Andrea Leitner Verhoeven (AL) i. V. von Niklaus Scherr (AL), Mario Mariani (CVP), Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP), Kyriakos Papageorgiou (SP), Gabriela Rothenfluh (SP), Christine Seidler (SP), Sven Sobernheim (GLP)
Enthaltung: Präsident Michael Baumer (FDP), Albert Leiser (FDP), Roger Liebi (SVP), Dr. Christoph Luchsinger (FDP), Peter Schick (SVP), Stefan Urech (SVP) i. V. von Thomas Schwendener (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der BeKo RP/BZO stillschweigend zu.

Ausreichend öffentliche Bauten

Kommissionsmehrheit/-minderheit Änderungsantrag 21:

Gabriele Kisker (Grüne): Die öffentlichen Bauten wurden überall ein wenig vergessen. Als Zielformulierung bei einer baulichen Verdichtung von Zentrumsgebieten, soll, neben Freiraum und guter öffentlicher Erschliessung, auch die Versorgung mit öffentlichen Bauten aufgenommen werden. Bei der Planung dürfen öffentliche Bauten wie Schulhäuser oder Alterszentren nicht unerwähnt bleiben. Es gibt im vorliegenden Richtplan keine Aussagen zur Raumsicherung von öffentlichen Gebäuden. Es wird lediglich auf den kommunalen Richtplan verwiesen. Gerade im Hinblick auf knappe Raumressourcen für die Raumsicherung ist dies unbedingt nötig. Das Zuwarten bis zur kommunalen Richtplanung ist riskant und bedeutet einen unnötigen Zeitverlust.

Roger Liebi (SVP): Wir halten den Antrag für nicht notwendig unter diesem Titel, er ist schon beschrieben. Die öffentlichen Bauten und Anlagen sind im Zentrumsgebiet und in den Quartierzentren angesiedelt und wir gehen davon aus, dass diese auch entsprechend im kommunalen Richtplan eingezeichnet werden. Deshalb halten wir einen zusätzlichen Vermerk in diesem Artikel nicht für notwendig.

Änderungsantrag 21 zu Kap. 2.2.1 Ziele / e) Bauliche Verdichtung der Zentrumsgebiete

Die Mehrheit der BeKo RP/BZO beantragt folgende Änderung:

[...] Eine ausreichende Versorgung mit Freiraum (Kapitel 3.3), eine ausreichende Versorgung mit öffentlichen Bauten und Anlagen (Kapitel 6.1) und die Erhaltungsziele sowohl für schutzwürdige Ortsbilder (Kapitel 2.3) wie auch Gebiete mit Erhaltung der Siedlungsstruktur (Kapitel 2.4) sind berücksichtigt.

Die Minderheit der BeKo RP/BZO beantragt Ablehnung des Änderungsantrags.

Mehrheit: Gabriele Kisker (Grüne), Referentin; Präsident Michael Baumer (FDP), Vizepräsident Markus Knauss (Grüne), Marco Denoth (SP), Patrick Hadi Huber (SP), Albert Leiser (FDP), Andrea Leitner Verhoeven (AL) i. V. von Niklaus Scherr (AL), Dr. Christoph Luchsinger (FDP), Mario Mariani (CVP), Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP), Kyriakos Papageorgiou (SP), Gabriela Rothenfluh (SP), Christine Seidler (SP), Sven Sobernheim (GLP)
Minderheit: Roger Liebi (SVP), Referent; Peter Schick (SVP), Stefan Urech (SVP) i. V. von Thomas Schwendener (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 100 gegen 22 Stimmen zu.

Höfe Ausgehmeile

Kommissionsminderheit/-mehrheit Änderungsantrag 22:

Markus Knauss (Grüne): Die sogenannte Ausgangsmeile bedingt eine Konzentration an wenigen Orten wie beispielsweise der Langstrasse. Während sich die Bewohner daran gewöhnt haben, dass es in den strassenzugewandten Lokalen sehr laut ist, verbreitet sich der Lärm neuerdings zunehmend auch in die Hinterhöfe. Hier besteht eine Regelung bezüglich des Nachtlärms bis 22.00 Uhr. Die Hinterhöfe sollen jedoch nach wie vor primär dem Wohnzweck dienen. Die Stadt soll hier aktiver werden und

versuchen, den Wohnzweck hier prioritär zu behandeln.

Sven Sobernheim (GLP): *Ich äussere mich hier auch als Vorstandsmitglied von «Pro Nachtleben Zürich». Wir haben nun einmal Ausgehmeilen in der Stadt und diese sind auch gewollt. Den Innenhof wieder dem Wohnzweck zuzuführen, heisst nichts anderes, als Abfall entsorgen und Autos parkieren. Den Antrag muss man ablehnen, den er hilft niemandem. Man möchte nicht, dass die Leute irgendwo rauchen, im Grunde möchte man sie gar nicht in der Stadt haben.*

Weitere Wortmeldungen:

Niklaus Scherr (AL): *Es gibt Nutzungen mit einem erhöhten Störpotenzial und dazu gehören die Ausgangslokalitäten. Um den Strassenlärm zu reduzieren, versucht man auch, die Kapazität auf die Hauptachse zu legen. In der Langstrasse gibt es ganz normale Wohnninnenhöfe und Menschen, die morgens aufstehen müssen. Man sollte wenigstens versuchen, den Ballermann auf die Hauptachse zu konzentrieren und die Innenhöfe zu verschonen. Es ist enttäuschend von einem Mitglied einer IG, das in Zürich-Nord wohnt zu hören, wie man in der Langstrasse leben soll.*

Marcel Bührig (Grüne): *Man kann uns nicht vorwerfen, dass wir keine Ahnung hätten, von was wir reden. Nur weil einer von uns nicht direkt an der Langstrasse wohnt, wohnen andere aus unserem Verein direkt an einer Ausgangsmeile. Wir wissen also, worüber wir reden.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Hochbaudepartements Stellung.

STR André Odermatt: *Das Thema steht sicher auf der Agenda. Der Richtplan ist aber schlicht nicht der richtige Ort, um dies zu regeln. Nach einem Baurekursgericht ist jetzt jeweils eine Baubewilligung für verlängerte Öffnungszeiten notwendig, zudem haben die Grundeigentümer es selber in der Hand, ihre Innenhöfe zu schliessen.*

Änderungsantrag 22 zu Kap. 2.2.3 Massnahmen / c)

Die Mehrheit der BeKo RP/BZO beantragt Ablehnung des Änderungsantrags.

Die Minderheit der BeKo RP/BZO beantragt folgende Änderung:

c) Dichte, gemischt genutzte Gebiete eignen sich besonders gut für die leitungsgebundene Wärmeversorgung. Die Siedlungs- und Energieplanung sind daher aufeinander abzustimmen. An Ausgehmeilen ist sicher zu stellen, dass die strassenabgewandten Gebiete, insbesondere die Höfe von Blockrandbebauungen, vom Ausgehlärm verschont werden.

Mehrheit: Sven Sobernheim (GLP), Referent; Präsident Michael Baumer (FDP), Marco Denoth (SP), Patrick Hadi Huber (SP), Albert Leiser (FDP), Roger Liebi (SVP), Dr. Christoph Luchsinger (FDP), Mario Mariani (CVP), Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP), Kyriakos Papageorgiou (SP), Gabriela Rothenfluh (SP), Peter Schick (SVP), Christine Seidler (SP), Stefan Urech (SVP) i. V. von Thomas Schwendener (SVP)

Minderheit: Vizepräsident Markus Knauss (Grüne), Referent; Gabriele Kisker (Grüne), Andrea Leitner Verhoeven (AL) i. V. von Niklaus Scherr (AL)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 99 gegen 21 Stimmen zu.

Erhöhung IG-Zonen

Kommissionsminderheit/-mehrheit Änderungsantrag 23:

Markus Knauss (Grüne): *Wir haben in den letzten Jahrzehnten in der Stadt massiv an Industrie- und Gewerbebezonen verloren. Lediglich 5 % der Bauzonenkapazität machen diese Zonen aus. Man hat keinen Ersatz in der Fläche gefunden und behilft sich jetzt, indem man in der BZO Industrie- und Gewerbebezonen mit einem hohen Dienstleistungsanteil festlegen will. Uns reicht das nicht, wir möchten quantitative Zielvorgaben haben. Wir denken nicht, dass sich auf den Industrie- und Gewerbebezonen, die man jetzt neu dort festlegt – wie das UBS-Areal an der Flurstrasse – irgendwann nochmals Industrie ansiedeln wird. Deshalb ist es wichtig, dass wir dieser Thematik Raum schenken. Es ist zwar ein ambitioniertes Vorhaben, mehr Industrie- und Gewerbebezonen zu schaffen, aber wir wollen die quantitative Vorgabe machen.*

Albert Leiser (FDP): *Die Mehrheit hat auch das Interesse, dass die Arbeitsplatzsicherung für das Gewerbe und die Industrie gewährleistet ist. Der kantonale Richtplan gibt dies aber schon vor.*

Änderungsantrag 23 zu Kap. 2.5.1 Ziele / c) Flächen für Arbeitsnutzungen sind gesichert

Die Mehrheit der BeKo RP/BZO beantragt Ablehnung des Änderungsantrags.

Die Minderheit der BeKo RP/BZO beantragt folgende Änderung:

Die Arbeitsplatzgebiete sichern Entwicklungsmöglichkeiten für Dienstleistungs- und Gewerbenutzungen. Das produzierende Gewerbe – einschliesslich produktionsorientierte, ertragsschwächere Teile der Kreativwirtschaft – kann sich an vielen Standorten in der Stadt nicht mehr halten. Für diese Betriebe sowie für flächenintensivere industrielle Nutzungen sind geeignete Gebiete ausgeschieden. Im Rahmen von Umstrukturierungen von Arealen ist der Anteil der Industrie- und Gewerbebezonen von 5 auf 6 % der gesamten Bauzonenkapazität zu erhöhen. Zusätzlich geschaffene Flächen sollen insbesondere der Industrie- und Gewerbezone I zugute kommen.

Mehrheit: Albert Leiser (FDP), Referent; Präsident Michael Baumer (FDP), Marco Denoth (SP), Patrick Hadi Huber (SP), Roger Liebi (SVP), Dr. Christoph Luchsinger (FDP), Mario Mariani (CVP), Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP), Kyriakos Papageorgiou (SP), Gabriela Rothenfluh (SP), Peter Schick (SVP), Christine Seidler (SP), Sven Sobernheim (GLP), Stefan Urech (SVP) i. V. von Thomas Schwendener (SVP)

Minderheit: Vizepräsident Markus Knauss (Grüne), Referent; Gabriele Kisker (Grüne), Andrea Leitner Verhoeven (AL) i. V. von Niklaus Scherr (AL)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 98 gegen 23 Stimmen zu.

Erhalt der Siedlungsstruktur

Kommissionsminderheit/-mehrheit Änderungsantrag 24:

Christine Seidler (SP): *Es geht hier nicht nur um Arbeitsplatzzonen, sondern auch um Zonen von öffentlichen Bauten und Anlagen, konkret das Gebiet Ausstellungsstrasse, das heute eine wichtige Funktion in Bezug auf die Gewerbeschule und einen eigenen, speziellen Charakter hat. Das breit formulierte Anliegen der städtebaulichen Erscheinung, das jetzt im Richtplan formuliert ist, ist unserer Meinung nach zu offen formuliert und soll lediglich präzisiert werden. Im Blockraster des Kreis 5 nehmen die öffentlichen Bauten schon heute eine grosse und wichtige Sonderstellung ein. In Bezug zur Tabelle 2.6 zum Gebiet öffentliche Bauten und Anlagen im Kreis 5, Gebiet mit*

öffentlichen Bauten und Anlagen Ausstellungsstrasse, ist der Erhalt der Siedlungsstruktur und der städtebauliche Bezug zum umliegenden Quartier der Gewerbeschule als wichtiges regionales Anliegen zu sichern.

Michael Baumer (FDP): *Wir bleiben beim stadträtlichen Antrag. Eine Einbettung in die Siedlungsstruktur ist aus unserer Sicht ein unnötiger Strukturerehalt. Synergien zu schaffen mit dem umliegenden Quartier der Gewerbeschule, hört sich zwar gut an, dabei bleibt aber unklar, was mit Synergien genau gemeint ist.*

Änderungsantrag 24 zu Kap. 2.5.2 Karteneinträge / Tabelle 2.6 Gebiete mit öffentlichen Bauten und Anlagen, Arbeitsplatzgebiete und Mischgebiete / Nr. 5 Ausstellungsstrasse

Die Mehrheit der BeKo RP/BZO beantragt Ablehnung des Änderungsantrags.

Die Minderheit der BeKo RP/BZO beantragt folgende Änderung:

Nr. 5

Entwicklungsziel/Hauptfunktion

Bildung/Forschung/Sport/Kultur/wichtige regionale Anliegen:

- Aufwertung öffentlicher Raum
- städtebauliche Erscheinung und Einbettung in die Siedlungsstruktur
- Anbindung an Hauptbahnhof Zürich
- Synergien mit städtischen Bildungs- und Sportnutzungen
- Synergien mit umliegenden Quartier Gewerbeschule

Mehrheit: Präsident Michael Baumer (FDP), Referent; Albert Leiser (FDP), Andrea Leitner Verhoeven (AL) i. V. von Niklaus Scherr (AL), Roger Liebi (SVP), Dr. Christoph Luchsinger (FDP), Mario Mariani (CVP), Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP), Peter Schick (SVP), Sven Sobernheim (GLP), Stefan Urech (SVP) i. V. von Thomas Schwendener (SVP)

Minderheit: Christine Seidler (SP), Referentin; Marco Denoth (SP), Patrick Hadi Huber (SP), Kyriakos Papageorgiou (SP), Gabriela Rothenfluh (SP)

Enthaltung: Vizepräsident Markus Knauss (Grüne), Gabriele Kisker (Grüne)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 79 gegen 43 Stimmen zu.

Durchgangsplatz kurzfristig

Kommissionsminderheit/-mehrheit Änderungsantrag 25:

Christine Seidler (SP): *Die Schweiz hat die Fahrenden ausdrücklich als nationale Minderheit anerkannt. Sie hat sich damit insbesondere dazu verpflichtet, im Rahmenübereinkommen, angemessene Massnahmen zu ergreifen, um in allen Bereichen des wirtschaftlichen, sozialen, politischen und kulturellen Lebens, die vollständige und tatsächliche Gleichheit zwischen den Fahrenden und der Mehrheitsbevölkerung zu fördern. Das beinhaltet, dass den Fahrenden Stand und Durchgangsplätze zur Verfügung gestellt werden, die vom Kanton koordiniert werden. Der Kanton delegiert dies an die Gemeinden und der regionale Richtplan Zürichs hat die Aufgabe, einen solchen Durchgangsplatz festzusetzen. Zürich wächst, freier Platz ist ein rares Gut und auf dem dichtgenutzten Stadtgebiet den Standort für einen definitiven Durchgangsplatz für Fahrende zu finden, ist keine einfache Aufgabe. Aber die Aufgabe wird mit fortschreitender Zeit und erhöhtem Siedlungsdruck immer schwieriger. Die Standortevaluation, die Festsetzung und allfällige nutzungsplanerische Umsetzung werden Zeit in Anspruch nehmen. Genau deshalb fordern wir dazu auf, die Standortsuche jetzt, im Rahmen der Teilrevisionen Richtplan und BZO, anzugehen und eine Lösung zu entwickeln.*

Peter Schick (SVP): Die Mehrheit lehnt den Antrag ab, weil der Stadtrat seine Begründung schon gegeben hat. Auf einem dichtbesiedelten Stadtgebiet ist es sehr schwierig, innert kurzer Frist noch einen geeigneten Standort zu finden.

Wortmeldungen zum Postulat GR Nr. 2016/82:

Barbara Wiesmann (SP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 1748/2016): Mit dem Postulat möchten wir erreichen, dass die Fahrenden möglichst schnell zu einem weiteren Durchgangszplatz kommen. Sie sind in der Schweiz ausdrücklich als Minderheit anerkannt. Der Bund hat sich dazu verpflichtet, genug Stand- und Durchgangszplätze zur Verfügung zu stellen. Diese sind für die Kultur der Fahrenden essentiell. Es ist auch essentiell, dass sich die Fahrenden auf städtischem Gebieten aufhalten. Damit sie ihrer Arbeit nachgehen können und für ihren kulturellen Hintergrund. Deshalb ist es wichtig, dass auch Zürich zügig nach weiteren Plätzen sucht und die Pläne nicht nur auf dem Papier existieren. Vor allem, weil der Vulkanplatz nur bis Ende 2017 zur Verfügung steht. Weil die Infrastruktur noch angepasst werden muss, gilt es, sich sofort auf die Suche nach einem neuen Platz zu machen. Wir sind der Meinung, dass sich das Albisgütli und auch die Industriezone am Ende der Wehntalerstrasse als Plätze anbieten. Diese Plätze sind aufgrund ihrer Infrastruktur und der gut angebundenen Verkehrslage als Durchgangszplätze geeignet. Der Stadtrat wird aufgefordert, insbesondere diese beiden Plätze zu prüfen.

Thomas Schwendener (SVP) begründet den Ablehnungsantrag: Wir sind der Meinung, dass es keinen städtischen Boden im Zentrum benötigt. In Seebach gibt es schon einen Platz, der ausgebaut wurde und dieser ist nicht voll ausgelastet. Eine Industriezone wie die Wehntalerstrasse, soll Industriezone bleiben.

Weitere Wortmeldungen:

Sven Sobernheim (GLP): Das Interessante an diesem Vorstoss ist, dass er nur von Stadtratsparteien unterzeichnet wurde. Wir haben also einen Stadtrat, der seit Jahren einen geeigneten Platz suchen soll und den Auftrag vom Kanton hat. Jetzt stellen die gleichen Parteien nochmals einen Antrag, einen solchen Platz zu suchen. Vor ein paar Minuten haben wir gehört, dass wir mehr Industriezonen und Gewerbe benötigen, für diese Platz brauchen und Raum sichern müssen. Jetzt soll der Platz für Fahrende zur Verfügung gestellt werden? Wenn Fahrende auch Wohnraum beanspruchen sollen, gehören sie in die Wohnzone und nicht in die Industriezone. Man schiebt sie an den Stadtrand, wo sie nicht hingehören.

Roger Liebi (SVP): Der kantonale Richtplan gibt vor, dass noch zusätzliche Durchgangszplätze geschaffen werden. Im selben Richtplan steht, dass diese kostendeckend sein und ein Betriebskonzept haben müssen. Es wäre noch gut gewesen, hätte man diese zwei wesentlichen Punkte auch in das Postulat aufgenommen. Die Erfahrungen, beispielsweise aus dem Standplatz im Albisgütli, die mir aus verschiedenen Quellen vermittelt worden sind, sind nicht sehr positiv gewesen. Die Planung sollte sorgfältiger sein als das Postulat. Ich möchte gerne wissen, und habe dies schon in verschiedenen Kommissionen angefragt, wie Fahrende mit einem festen Standplatz, in der Stadt angemeldet sind und ihre Steuern zahlen.

Michael Baumer (FDP): Es wurde von der Verwaltung überdeutlich erklärt, wo man zeitlich steht und in welchem zeitlichen Rahmen man dies bewirtschaften kann. Das Wort «kurzfristig» kann man in einen Richtplan setzen, deshalb wird aber der Platz trotzdem nicht von heute auf morgen gefunden werden. Wenn man zwei Plätze

vorschlägt, die zufälligerweise gerade leer stehen, ist das nicht die tiefe Abklärung, die man dafür treffen muss. Vor allem, wenn man Betriebskonzepte erarbeiten muss, ist das die falsche Vorgehensweise.

Christine Seidler (SP): *Es gibt drei Arten von Plätzen, es gibt Standplätze, Durchgangsplätze und Durchgangsplätze für Schweizer Fahrende, auch Transitplätze genannt. Standplätze dienen dem stationären Aufenthalt, insbesondere über die Wintermonate auf ganzjähriger Basis. Dies bedeutet, dass in den Standplatzgemeinden die Fahrenden ganzjährig angemeldet sind und ihre Kinder dort die Schule besuchen. So ein Standplatz existiert in Seebach. Wir diskutieren aber über einen Durchgangsplatz. Diese dienen dem kurzfristigen Aufenthalt bis zu einem Monat, während der sommerlichen Reisetätigkeit. Dort wird gewohnt und gearbeitet, weshalb sich Campingplätze eignen. Durchgangsplätze für Schweizer Fahrende bieten in der Regel zehn bis fünfzehn Abstellplätze, grosse Wohnwagen also, und benötigen deshalb einen befestigten Platz. Die Fahrenden wollen am Rand der Ortschaft sein und Anschluss an die Autobahn haben, deshalb sind die Gebiete in Autobahnnähe am geeignetsten und das sind nun mal Industriegebiete. Durchgangsplätze benötigen eine ganz andere Infrastruktur als Standortplätze. Bei ersteren genügt eine einfache Ausstattung mit Wasser- und Abwasser, Stromanschluss, WC/Duschen, einem Abfallcontainer und einer Hecke zur Umgrenzung und Abschirmung. Ein Betriebskonzept wird genau deswegen gemacht, damit die verursachten Kosten wieder zurückgezahlt werden können und die Fahrenden ihre Steuern zahlen.*

Thomas Schwendener (SVP): *Deshalb kann man trotzdem die vorhandene Infrastruktur schon nutzen. Und wenn das nicht geht, dann muss man weiterschauen, wo ein geeigneter Platz vorhanden ist, doch sicher nicht im Industriegebiet.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Hochbaudepartements Stellung.

STR André Odermatt: *Wir haben einen Standplatz in Seebach, der planungsrechtlich gesichert ist. Wir haben einen Durchgangsplatz provisorisch in Altstetten, dafür gibt es auch ein Betriebskonzept. Das Postulat nimmt der Stadtrat entgegen, das Hochbaudepartement, das Tiefbau- und Entsorgungsdepartement sowie das Finanzdepartement sind dort involviert und evaluieren Standorte. Der Stadtrat versteht das Postulat so, dass die zwei erwähnten Standorte Möglichkeiten sind, aber man sich grundsätzlich auf die Suche machen soll. Es ist keine einfache Fragestellung, weshalb man die Kurzfristigkeit nicht einhalten kann. Deshalb ist es im Richtplan vielleicht nicht richtig platziert.*

Änderungsantrag 25 zu Kap. 2.6.1 Ziele / a) Platz für Fahrende zur Verfügung stellen

Die Mehrheit der BeKo RP/BZO beantragt Ablehnung des Änderungsantrags.

Die Minderheit der BeKo RP/BZO beantragt folgende Änderung:

Gemäss kantonalem Richtplan ist den Fahrenden für die Ausübung ihrer traditionellen Lebensweise ausreichend Platz an geeigneten Lagen und in genügender Qualität zur Verfügung zu stellen (Niederlassungsfreiheit und Minderheitenschutz gemäss Bundesverfassung, BV; Art. 3 Raumplanungsgesetz, RPG). Die Stadt Zürich wird verpflichtet den bestehenden Standplatz Seebach und einen zusätzlichen Durchgangsplatz planungsrechtlich kurzfristig zu sichern.

Mehrheit: Peter Schick (SVP), Referent; Präsident Michael Baumer (FDP), Albert Leiser (FDP), Roger Liebi (SVP), Dr. Christoph Luchsinger (FDP), Mario Mariani (CVP), Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP), Sven Sobernheim (GLP), Stefan Urech (SVP) i. V. von Thomas Schwendener (SVP)

Minderheit: Christine Seidler (SP), Referentin; Vizepräsident Markus Knauss (Grüne), Marco Denoth (SP), Patrick Hadi Huber (SP), Gabriele Kisker (Grüne), Andrea Leitner Verhoeven (AL) i. V. von Niklaus Scherr (AL), Kyriakos Papageorgiou (SP), Gabriela Rothenfluh (SP)

Der Rat lehnt den Antrag der Mehrheit mit 60 gegen 62 Stimmen ab.

1805. 2016/82

Postulat von Barbara Wiesmann (SP), Christine Seidler (SP) und 2 Mitunterzeichnenden vom 16.03.2016:

Realisierung eines neuen Durchgangsplatzes für Fahrende

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Wortmeldungen siehe GR Nr. 2014/336, Beschluss-Nr. 1792/2016 (Antrag 25).

Barbara Wiesmann (SP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 1748/2016).

Thomas Schwendener (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag und begründet diesen.

Das Postulat wird mit 62 gegen 60 Stimmen dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

1792. 2014/336

Weisung vom 29.10.2014:

Amt für Städtebau, Gesamtüberarbeitung Regionaler Richtplan Stadt Zürich, Verabschiedung für die Festsetzung durch den Regierungsrat

Grünraum und Freiflächen

***Michael Baumer (FDP):** Der Landschaft werden die Grundnutzungen Erholungsgebiet, Landwirtschaft und Naturschutzgebiet zugeordnet. Das Ziel der Gesamtstrategie umfasst einerseits den Erhalt der heutigen Landschaftsräume. Aber auch die Schaffung und den Verbund von bestehenden und neuen Freiräumen für die Erholung, wildlebende Pflanzen und Tiere sowie unversiegelte Flächen und ein angenehmes Stadtklima gehören dazu. In einer wachsenden Stadt ist die Erholung wichtig. Der Richtplan hat das Ziel, eine gute Versorgung von Erholungsräumen und Freiflächen für alle zu ermöglichen. Dazu gehört auch eine gute Zugänglichkeit zu Wasser oder Ufernähe. Auch die Aussicht soll gewährleistet werden. Im Bereich Naturschutz ist das Ziel der Erhalt der Artenvielfalt und der Erhalt von 15 % ökologischer Fläche. Der Richtplan legt auch Vernetzungskorridore und Landschaftsübergänge fest. Damit soll auch die ökologische Vernetzung innerhalb der Stadt gewährleistet werden, aber auch die Erholungsgebiete miteinander verbunden werden. Ein wesentliches Merkmal Zürichs sind die Gewässer, deshalb hat der Richtplan auch das Ziel, die attraktive und ökologisch wertvollen Erholungsräume am und im Wasser zu erhalten und zu fördern. Neben dem See betrifft dies auch die Flüsse und Flussufer. Dort gibt es Bereiche, die vielleicht nur revitalisiert und weniger als Erholungsraum genutzt werden.*

***Christine Seidler (SP):** Verdichtung hat ihren Preis. Den Preis des Identitätsverlusts, der Überformung des Quartiers, der Restwertvernichtung, der Verdrängung von sozialen Strukturen, aber fast immer auch den Verlust von Frei- respektive Grünraum. Durch*

Verdichtung geraten insbesondere die innerstädtischen Grün- und Freiflächen unter massiven Druck und zahlen den Preis. Die Lebensqualität einer Stadt ist aber abhängig von der Vielfalt des Lebens- und Freiraums. Diese hat, gerade unter dem Aspekt der Verdichtung, eine immens wichtige Funktion und genau sie geht verloren. Die Herausforderung besteht darin, ein nachhaltiges Gleichgewicht zwischen Nutzung und Schutz zu finden. Im Vordergrund steht nicht das quantitative Ausscheiden von Freiraum, sondern die Qualität. Das Problem wird nicht mit dem einseitigen Interesse des Erhalts von Grünraum um jeden Preis gelöst und auch nicht mit Abzonungsstrategien. Im Rahmen der Verdichtung, unter dem zunehmenden Siedlungsdruck, ist die Förderung, der Erhalt und der Unterhalt von qualitativem Freiraum unbestritten wichtig. Wir müssen aber auch offen sein für neue Formen von Freiraumqualität und lernen, Raum besser zu nutzen und zu teilen. Das Konzept muss heute weiterentwickelt werden. Eine zunehmend wichtige Funktion bekommen halböffentliche Freiräume und die Gestaltung von Freiräumen als mehrfachfunktionale Räume oder entlang von Fassaden und auf Dächern.

Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP): *Für eine wachsende Anzahl Menschen soll entsprechender Freiraum zur Verfügung gestellt werden. Damit dies auch im Einklang mit einem ausgewogenen und harmonischen Stadtwachstum passiert, muss der Raum auf die Bedürfnisse von allen abgestimmt sein. Die Freiraumbedürfnisse können unterschiedlicher Natur sein, hier gilt Vielfalt statt Monokultur. Die Verdichtungsbemühungen können nur dann langfristig wirksam und für die nächsten Generationen unbelastend sein, wenn der Erhalt von hoher Lebens- und Umweltqualität sichergestellt wird. Dieser kann nur gewährleistet werden, wenn der Grundsatz gilt, dass öffentlicher Raum ein Gemeingut ist, das allen zur Verfügung steht. Grünraum verbindet aber auch Umweltqualität mit Freizeitmöglichkeiten. Wir unterstützen deshalb auch eine Anzahl Anträge, die zum Ziel haben, den öffentlichen Raum für Menschen zurückzugewinnen, die Biodiversität auch unabhängig von menschlichen Freizeitbedürfnissen zu schützen und den Grünraum wenn möglich auszubauen. Um in Zukunft auf stadtoökologische Umweltbedingungen aufbauen zu können, werden auch eine Reihe von Massnahmen nötig bezüglich Vernetzungskorridoren, vertikaler und horizontaler Begrünung, Klimaschutz und Klimaanpassung, die wir alle unterstützen.*

Gabriele Kisker (Grüne): *Neue Tendenzen in der Städteplanung zeigen, dass die Stadtentwicklung nicht nur vom überbauten Gebiet her geplant werden kann. Eine zeitgemässe Planung denkt überbauten Raum und Freiraum gemeinsam an. Es geht also nicht um ein Bewahren, sondern um ein gemeinsames Planen. Mit dem Hintergrund der höheren Verdichtung nach innen, des Klimawandels und der Notwendigkeit Luftschadstoffe zu reduzieren, ist die Planung und Sicherung von städtischem Grün- und Freiraum enorm wichtig. Grünraum können Umweltbelastungen wie Erhitzung, Lärm und Staub reduzieren, so schafft man Lebensqualität und Verdichtung. Wichtig ist es auch, möglichst das Versickerungspotenzial von Böden zu vergrössern und den Unterbauungsgrad minimal zu halten.*

Karin Weyermann (CVP): *Wir unterstützen die Anträge, die die Verwaltung als sinnvoll erachtet. Wir sind absolut der Meinung, dass Grünräume in der Stadt enorm wichtig sind und an Bedeutung gewinnen. Unnötig erachten wir aber die Pocketparks im Richtplan. Wir finden es gut, wenn Freiraum und Grünflächen von der Bevölkerung genutzt werden, weshalb wir den Rebbeg Fluntern unterstützen.*

Stefan Urech (SVP): *Bastian Girod (Grüne) hatte schon früh erkannt, dass zwischen dem Anstieg der Zuwanderung und der Schaffung von Freiräumen eine Diskrepanz besteht. Er schrieb einmal eine kritische Beurteilung dazu: «Das Bevölkerungswachstum in der Schweiz nimmt rasch zu, Grund ist die Attraktivität der Schweiz*

gekoppelt mit der Personenfreizügigkeit. Erholungsräume werden noch stärker zerschnitten und zerstört, der Druck auf noch unberührte und unbelastete Naturräume nimmt zu. Je dichter besiedelt wird, desto kleiner werden die Freiräume.» Er hat erkannt, dass nicht Beides geht. Deshalb empfehlen wir die Anträge abzulehnen.

Niklaus Scherr (AL): *Es ist evident, dass mehr Dichte ein Korrektiv generiert. Wirksame Massnahmen für den Schutz von Freiflächen und die Schaffung von Grünräumen, muss auch durch die Implementierung in den neuen baulichen Beständen wir kreieren, gewährleistet sein. Es herrscht die Vorstellung, dass wir die Anträge, die wir durchgehend unterstützen, auf ein Einfrieren im Bestand hindeuten und wir am liebsten eine Käseglocke über die Stadt stülpen wollten. Doch es geht darum, proaktiv zu wirken. Direkt, wenn man neue Bauten erstellt, grüne Elemente miteinfließen zu lassen. Es gibt scheinbar keine Alternative zwischen der Käseglocke, der Einwanderungsinitiative, der Ecopop-Initiative oder Beton. Die Diskussion, die wir führen, ist jedoch Beton+. Es ist visionär, neu zu bauen und ein Stück Urbanität und die Wahrnehmung für die Erholungsräume zusammen zu gestalten.*

Michael Baumer (FDP): *Die Grünraum- und Freiraumstruktur der Stadt ist heute schon gut. Wenn man verdichten will, muss man dem jetzigen Bestand gerecht werden. Die meisten Anträge sind aber überflüssig oder fordern etwas, das nicht umsetzbar ist. Etwas ganz Neues, mit Ausnahme vielleicht der Pocketparks in der ganzen Stadt, habe ich nicht entdeckt. Deshalb können die meisten Anträge abgelehnt werden.*

Samuel Balsiger (SVP): *Auf Leute aus den eigenen Reihen, die sich kritisch mit der Situation auseinandersetzen, wird offensichtlich nicht gehört. Gleichzeitig redet man von Toleranz und bemüht das Beispiel einer Käseglocke, wenn in die Schweiz jedes Jahr 80 000 Menschen einwandern.*

Freiflächen/Grünraum/Pocketparks (Anträge 27–38)

Kommissionsmehrheit/-minderheit Änderungsantrag 27:

Gabriele Kisker (Grüne): *Es geht hier um einen durchgrünten Stadtkörper. Im vorgeschlagenen Text steht, dass meist private Aussenräume ihre Funktion für die Erholung und das Stadtklima erfüllen. Dort ist noch eine Ergänzung nötig. Genau in den Gebieten, in denen es privaten Grünraum gibt, gibt es ein Problem bei der Nachverdichtung, weil diese dann verschwinden oder zuwenig gesichert sind. Es ist deshalb wichtig, die zusammenhängenden öffentlichen Freiflächen zu schaffen und die ökologischen Vernetzungskorridore zu sichern.*

Mario Mariani (CVP): *Der Antrag ist überflüssig, weil der praktisch identische Text in einem anderen Kapitel steht.*

Kommissionsmehrheit/-minderheit Änderungsantrag 28:

Markus Knauss (Grüne): *Im kompakten Stadtkörper, in dem ganz viele Menschen wohnen, wird die Klimakatastrophe, auf die wir uns zubewegen immer sichtbarer. Wir haben zunehmend mehr Tropennächte. Wir müssen uns fragen, was Strassenräume beitragen können, um mehr Grünfunktionen zu erfüllen. Wir sind nicht in der Lage, grossflächige Grünflächen für die Menschen zur Verfügung zu stellen, die unter der Klimaerwärmung leiden. Deshalb muss man auch mit weniger Flächen arbeiten. Mit dem Richtplan schaffen wir eine Grundlage.*

Peter Schick (SVP): *Wir sind dagegen, noch zusätzliche Grünflächen zu schaffen. Die Stadt ist schon sehr grün, es muss noch gebaut werden und die Menschen müssen auch irgendwo wohnen.*

Kommissionsmehrheit/-minderheit Änderungsantrag 29:

Markus Knauss (Grüne): *Im grössten städtischen Entwicklungsgebiet, dem Zentrumsgebiet in Albisrieden/Letzi, soll mehr Grünraum geschaffen werden.*

Thomas Schwendener (SVP): *Auch dort gibt es schon genügend Grünraum in der näheren Umgebung.*

Kommissionsmehrheit/-minderheit Änderungsantrag 30:

Gabriele Kisker (Grüne): *In den angedachten Gebieten geht es um den Erhalt der baulichen Grundstrukturen um die Jahrhundertwende. Diese Gebiete sind geprägt durch grosse Bäume, Parkanlagen und Vorgärten. Der Strukturertalt reduziert sich im vorliegenden Richtplantext lediglich auf bebaute Teile, die urbane Nutzungsweise und eine hohe Dichte. Die Gebiete sind aber auch geprägt durch einen wertvollen Baumbestand, durch Frei- und Grünflächen, Parkanlagen, Innenhöfe und Vorgärten. Damit die Flächen auch erhalten bleiben, soll dies im Richttextplan angepasst werden.*

Peter Schick (SVP): *Die Grünflächen muss man nicht noch explizit im Richtplan erwähnen. Der private Grundstückeigentümer soll die Freiheit haben, diese Grünflächen selber zu schaffen. Im innerstädtischen Bereich wird es sowieso sehr schwierig, diese noch zu setzen.*

Kommissionsmehrheit/-minderheit Änderungsantrag 31:

Gabriele Kisker (Grüne): *Gerade im dichten Gebiet sind Vernetzungen von grünen Kleinflächen in den Vernetzungskorridoren wichtig, sie sichern eine bessere Durchlüftung und bieten eine hohe Aufenthaltsqualität. Der Verweis auf die Vernetzungskorridore in Abbildung 3.2 und Abbildung 3.9 ist insofern wichtig, dass die Korridore nicht nur unter dem ökologischen Blickwinkel betrachtet werden, sondern auch als Freiräume für die Stadtbevölkerung da sind.*

Michael Baumer (FDP): *Der Antrag ist komplett überflüssig. Alle Anliegen werden im Richtplantext bereits erwähnt.*

Die Sitzung wird beendet (Fortsetzung der Beratung siehe Sitzung Nr. 94, Beschluss-Nr. 1792/2016).

E i n g ä n g e

Es sind keine Vorstösse eingereicht worden.

K e n n t n i s n a h m e n

Es liegen keine Kenntnisnahmen vor.

Nächste Sitzung: 30. März 2016, 20.30 Uhr.